

**Fraktion der GfE im Rat der Stadt Emden**

Dipl.-Ing. Jochen Eichhorn

Hermann-Neemann-Str. 26

26725 Emden

Fraktionssprecher der GfE im Rat der Stadt Emden

**GfE**



Verwaltung der Stadt Emden

z. Hd. Herrn Oberbürgermeister Kruithoff

Frickensteinplatz 2

2721 Emden

Emden, 17.11.2019

**GfE Antrag zur Tagesordnung der nächsten Ratssitzung im öffentlichen Teil**

**Voraussichtliche Baukostenexplosion Zentralklinikum Georgsheil**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kruithoff,

im Namen der GfE-Fraktion im Rat der Stadt Emden beantragen wir die Aufnahme des nachfolgenden Punktes in die Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung:

**Textantrag :**

**Aussprache über die verkündete Gesamtkostenexplosion Zentralklinikum Georgsheil inklusive einer Korrektur des Konsortialvertrages**

**Begründung:**

Herr Eppmann verkündete anfangs, er habe die Gesamtkosten des ZK bis auf die letzte Steckdose bereits ermittelt und nannte die von der BDO erarbeitete Gesamtbausumme bis hin zur Inbetriebnahme von 250 Mio. Euro.

Im Konsortialvertrag zum Klinikum in Georgsheil vereinbarten der ehemalige Landrat Weber und ex OB Bornemann vorab eine Kostenteilung von je 50 Prozent der Gesamtkosten des Zentralklinikums in Georgsheil. Bornemann begründete In der Ratssitzung von 29.09.2016 diese Vereinbarung damit, dass Emden ansonsten bei einer Minderbeteiligung Vorgaben seitens Aurich zu akzeptieren habe.

In der Sitzung wurde festgeschrieben und besonders von den Parteien betont, dass, sollte die angezeigte Gesamtbausumme von 250 Mio. um 5 % überschritten werden, eine Ausstiegsklausel der Konsorten greifen könnte.

Ein weiterer Punkt einer vorzeitigen Beendigung des Vorhabens wäre denkbar, wenn Fremdmittel in einer Höhe aufgenommen werden müssten, die von den Konsorten als unwirtschaftlich nicht vertretbar angesehen werden.

Fraktionssprecher der FDP Bolinius vertrat die Meinung für zusätzliche Eigenmittel neue Kredite aufzunehmen deren Tilgung durch Überschüsse aus dem Zentralklinikum gewährleistet wären. Auch die bisherigen Millionenzuschüsse (von derzeit ca. 4 Mio. €) am Klinikum Emden würden dann entfallen. Mit großer Stimmenmehrheit wurde dann der Konsortialvertrag genehmigt.

Nachdem nun der zweite Bürgerentscheid für den Bau des ZK ausgefallen war, wurde umgehend das Büro BOS mit der Projektsteuerung betraut. Erste Überraschung war jedoch die überschlägliche Kostenermittlung von BOS in Höhe von 350 Mio. Euro, also 100 Mio. Euro Mehrkosten.

Im Frühjahr meldete sich Staatssekretär Heiger Scholz, der sich übrigens noch 2018 für einen Verbund der drei Krankenhäuser ausgesprochen hatte, mit der Zusage, das Projekt durch Landesmittel zu fördern. Staatssekretär Scholz meinte, seitens des Landes eine Finanzierung von 70% zusichern zu können. Aus seiner Erfahrung belief sich seine Kostenschätzung für die geplante Zentralklinik aber bereits auf 400 Mio. Euro, also schon 150 Mio. Euro mehr als die Kalkulation der Machbarkeitsstudie.

Man muss sicherlich abwarten bis die exakt ermittelte Bausumme durch einen Architektenwettbewerb feststeht, doch die Erfahrung von Herrn Staatssekretär Scholz zeigt bereits die Tendenz an.

*400 Mio. – evtl. Zuschuss des Landes 70 % = 280 Mio. – bleiben 120 Mio. durch zwei sind 60 Mio. Euro für die Stadt Emden sowie 60 Mio. Euro für den Landkreis Aurich.*

Hinzu kommen die anfänglichen Defizite einer Zentralklinik (siehe Schaumburg mit weniger Betten bereits im ersten Jahr der Inbetriebnahme 12 Mio. Defizit, Rems-Murr nach fünf Jahren immer noch jährlich 18 Mio. Defizit - usw.) in einem Zeitraum von mindestens fünf Jahren, an denen sich die Stadt ebenfalls mit 50 Prozent beteiligen müsste.

Wo letztlich Bauvorhaben dieser Größenordnung enden ist hinreichend bekannt. Die Kosten der Anlaufphase und Abschreibung noch nicht eingerechnet.

Ein solch exorbitanter Gesamtfehlbetrag ist für die GfE nicht nachvollziehbar und bedeutet zugleich eine massive Haushaltsbelastung. Wir fordern daher, insbesondere in Anbetracht der Aussage vom Stadtkämmerer Horst Jahnke, dass man im nächsten Jahr mit der Finanzaufsicht rechnen müsste, eine umfassende Aufklärung zum derzeitigen Sachstandsbericht.

Im Übrigen waren bislang auch Kosten für eine „Projektsteuerung“ nicht vorgesehen, die den Haushalt in der kommenden Zeit enorm belasten werden. Auch hier möchte die GfE konkrete Zahlen genannt haben.

Es ist schon heute an der Zeit die prozentuale Kostenbeteiligung zu kündigen. Zieht man auf Grund des Einzugsgebiets als auch die Einwohnerzahl von Emden und des Landkreises als akzeptablen

Verteilerschlüssel heran so ergebe sich für Emden eine prozentuale Kostenbeteiligung von weniger als 30 %.

Mehr ist für Emden in den nächsten Jahren nicht darstellbar. Die Folgen wären zunächst gravierende Kürzungen der freiwilligen Leistungen und sicherlich eine Erhöhung der Steuern.

Hier ist schon jetzt der Rat der Stadt Emden aufgefordert im Interesse dieser Stadt und ihrer Bürger angemessen zu agieren.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Eichhorn  
Fraktionssprecher GfE Emden  
im Rat der Stadt Emden